Sitzungsvorlage

Nr. 2023/705

Beschlussvorlage**Beschäftigung von Honorarkräften an der Musikschule**

Ausschuss Finanzen, Controlling und Personal	11.09.2023	TOP 4
--	------------	--------------

Kreisausschuss	18.09.2023	TOP 36.2
----------------	------------	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss weist die Mitglieder im Aufsichtsrat der Musikschule Lüchow-Dannenberg gGmbH an, für die Nr. ____ der im Sachverhalt genannten Handlungsoptionen (Bezeichnung _____) zu stimmen.

Sachverhalt:

In der Musikschule werden Musiklehrerinnen und Musiklehrer beschäftigt, die in unterschiedlichen Beschäftigungsvarianten unterrichten.

Neben vier TVÖD-Beschäftigten, sind bei der Musikschule 11 Mitarbeitende angestellt, 13 weitere Kräfte (darunter 2 Rentner) sind (mit einem Stellenvolumen von 3,86 Vollzeitstellen) im Rahmen von Honorarverträgen angestellt.

Im Hinblick auf die Honorarbeschäftigten hat das Bundessozialgericht in seiner jüngsten Rechtsprechung die Statusbeurteilung von Lehrern und Dozenten fortentwickelt. Danach steht eine Musikschullehrerin, deren Tätigkeit sich durch die Pflicht zur persönlichen Arbeitsleitung in festgelegten Räumen kennzeichnet und die auch in prägender Weise in die Organisationsabläufe der Musikschule eingegliedert ist, indem diese die gesamte Organisation des Musikschulbetriebes in ihrer Hand hält, die Räume und Instrumente kostenfrei zur Verfügung stellt und nach außen gegenüber den Schülern allein auftritt, in einem **abhängigen Beschäftigungsverhältnis** zur Musikschule. Der Umstand, dass so gut wie keine unternehmerischen Gestaltungsmöglichkeiten bestehen, spricht dabei gegen eine selbstständige Tätigkeit.

Die in der Rechtsprechung angelegten Maßstäbe treffen nahezu vollständig auf die Gestaltung der Honorarverträge der hiesigen Musikschule zu.

Nach einem Rundschreiben aus der Besprechung des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherungen, der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Bundesagentur für Arbeit über Fragen des gemeinsamen Betragseinzuges vom 04.05.23 (siehe Anlage) werden die entsprechend präzisierten Beurteilungsmaßstäbe spätestens ab 01.07.2023 Anwendung finden. Der Schulleiter der Musikschule hat dieses Rundschreiben im Rahmen einer Regionalkonferenz des Verbandes deutscher Musikschulen am 14.08.2023 erhalten.

Für die Musikschule ergeben sich daraus folgende Handlungsoptionen:

1. Keine Änderung bei den Honorarverträgen:

Diese Variante birgt die Gefahr, dass die Sozialversicherungsträger bei den Honorarkräften den Status als abhängig Beschäftigte feststellen, so dass u.U. auch rückwirkend (ggf. mehrere Jahre) Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden müssen. Zusätzlich würden vermutlich Rechtsanwalts- und Gerichtskosten anfallen.

2. Keine Weiterbeschäftigung von Honorarkräften:

Derzeit werden von den Honorarkräften ca. 2.600 Unterrichtsstunden pro Jahr unterrichtet. Sofern diese Honorarkräfte dann privaten Musikunterricht erteilen, könnte die Musikschule ihre Angebotsvielfalt der Unterrichtsangebote nicht mehr aufrechterhalten, was neben dem Abgang der Schüler in Privatunterrichte auch bei der zukünftigen Schülerakquise von Nachteil wäre und u.U. den Bestand der Musikschule gefährden könnte.

3. Festanstellung der Honorarkräfte bei der Gesellschaft:

Die Anstellung der Honorarkräfte bei der Gesellschaft würde nach dem aktuellen Haustarif bei Erlangung der höchsten Erfahrungsstufe (nach 10 Jahren) einen finanziellen Mehraufwand von

überschlägig knapp 17.000 EUR bedeuten. Allerdings wären die Lehrerinnen und Lehrer dann in das System der Sozialversicherung eingegliedert. Der Anteil von privatem Musikunterricht sollte dann nicht zunehmen, so dass die Konkurrenz zu den Angeboten der Musikschulen nicht gefördert werden würde. Vorteilhaft wäre auch, dass die Musikschule z.B. über das Direktionsrecht einen direkten Zugriff auf die Aufgaben und Leistungen der Lehrerinnen und Lehrer hätte. So könnten z.B. angefragte zusätzliche Kooperation an Schulen und KiTas bedient werden, was zu einem Anstieg der Schülerzahlen und zu erhöhten Zuwendungen durch das Land führen dürfte.

Aufgrund der Tatsache, dass eine Entscheidung über die weitere Vorgehensweise zum einen von grundsätzlicher Bedeutung für die weitere Entwicklung der Musikschule ist und zum anderen ggf. finanzielle Auswirkungen nach sich zieht, die aus den Mitteln der Musikschule nicht zu leisten sind, sollte der Kreisausschuss einen Grundsatzbeschluss zu der zu wählenden Handlungsoption fassen.

Anlagen:

Rundschreiben aus der Besprechung des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherungen, der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Bundesagentur für Arbeit über Fragen des gemeinsamen Betragseinzuges vom 04.05.23

Klimawirkung:

Von dem Beschluss gehen weder positive noch negative Klimawirkungen aus.

Der Fachdienst Klimaschutz und Mobilität hat die Klimawirkungsprüfung:

nicht beratend begleitet	☒
beratend begleitet	☐
mitgezeichnet	☐

Finanzielle Auswirkungen:

Eine überschlägige Berechnung hat ergeben, dass mit einer Anstellung der Honorarkräfte bei der Gesellschaft ca. 85.300 EUR anfallen. Die aktuellen Kosten für Honorarkräfte liegen bei 68.600 EUR, so dass bei der Musikschule nach dem aktuellen Haustarif (nach der höchsten Erfahrungsstufe -> nach 10 Jahren) ein Mehraufwand von rd. 16.700 EUR entsteht. Dieser Mehraufwand könnte aufgrund der guten Jahresergebnisse der vergangenen Jahre im Rahmen des bisherigen Budgets der Musikschule mittelfristig (voraussichtlich für die kommenden 3 Jahre) getragen werden.

gez. D. Schulz